

höhungen z. B. durch Investivlohnkonzepte, Entkoppelung und Flexibilisierung der Arbeits- und Betriebszeiten. Würde man z. B. die in Westdeutschland ermittelten unterschiedlichsten Teilzeitwünsche realisieren, ergäbe sich eine Reduktion des angebotenen Arbeitsvolumens in Std. um ca. 8 Prozent, das entspräche der derzeitigen Arbeitslosenzahl. Viele Betriebe könnten andererseits durch eine Abkoppelung und Verlängerung der Betriebszeiten ihre Kapitalstückkosten senken.

Ein zweiter Arbeitsmarkt wirft viele Probleme auf

Solange die Arbeitslosigkeit hoch ist, bleibt allerdings nach den Erfahrungen der 70er und 80er Jahre auch eine *aktive Arbeitsmarktpolitik* auf hohem Niveau unverzichtbar, um mit Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einer Zunahme des Sockels schwer vermittelbarer Arbeitsloser entgegenzuwirken. Wie die positiven ostdeutschen Erfahrungen mit den „Umwelt-ABM“ und dem „Strukturförderprogramm“ zeigen, sollten derartige Maßnahmen aber generell

so weit als möglich so gestaltet werden, daß sie die Angebotsbedingungen für privates Wirtschaften verbessern sowie unmittelbar die wirtschaftlichen Aktivitäten der verantwortlichen Politikbereiche – z. B. der Gemeinden – unterstützen. Der heute zunehmend geforderte umfassende Aufbau eines dauerhaften *zweiten Arbeitsmarktes* wirft dagegen noch viele ungeklärte Probleme auf. Man könnte diese Forderung auch als Anzeichen einer mangelnden Lohndifferenzierung auf dem ersten Arbeitsmarkt oder als Zeichen der Resignation ansehen. Außerdem stellt sich immer die Frage, ob nicht die alternative Verwendung knapper öffentlicher finanzieller Mittel auf dem ersten Arbeitsmarkt – z. B. für eine dringende Investition zur Beseitigung von Infrastrukturengpässen in Ostdeutschland – höhere und nachhaltigere Beschäftigungseffekte hat als die Verausgabung auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Allerdings müßte sichergestellt sein, daß es auch tatsächlich per Saldo zu einer entsprechenden zusätzlichen öffentlichen Ausgabe auf dem ersten Arbeitsmarkt kommt bzw. ein überzeugendes wachstums- und beschäftigungspolitisches Konzept vorliegt.

Wolfgang Klaunder

Gemeinschaft mit Bruchstellen

Die fünfte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung

Unter dem Motto „Auf dem Weg zur Koinonia im Glauben, Leben und Zeugnis“ fand Anfang August in Santiago de Compostela die fünfte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung statt. Seit der letzten Weltkonferenz dieser Art 1963 in Montréal hat sich ökumenisch viel getan; die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirche hat dazu wichtige Beiträge geleistet. In Santiago zeigte sich, daß die Vorstellungen über den weiteren Weg der Ökumene derzeit beträchtlich auseinandergehen. Auch das Leitwort „Koinonia“ (Gemeinschaft) weist keinen Weg aus dieser schwierigen Situation.

Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen hat gemäß ihrer Satzung das Ziel, „die Einheit der Kirche Jesu Christi zu verkündigen und die Kirchen aufzurufen zu dem Ziel der sichtbaren Einheit in einem Glauben und einer eucharistischen Gemeinschaft, die ihren Ausdruck im Gottesdienst und im gemeinsamen Leben in Christus findet, damit die Welt glaube“. Zum ersten Mal seit dreißig Jahren veranstaltete die Kommission im Rahmen und als besonderen Kristallisationspunkt ihrer Arbeit jetzt wieder eine *Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung*; Vertreter aller Kirchen, die in der Kommission mitarbeiten (darunter sind auch etliche Nichtmitgliedskirchen des ÖRK, vor allem die katholische Kirche), kamen dazu vom 4. bis 12. August im nordwestspanischen Santiago de Compostela zusammen. In der Hauptstadt der Autonomen Region Galizien, wo sich im „Heiligen Jahr“ 1993 besonders

viele Pilger zum Grab des Heiligen Jakobus drängen, berieten Christen aus allen Weltgegenden und konfessionellen Richtungen über den Stand und die künftigen Perspektiven der ökumenischen Bewegung.

Zweifellos der gewichtigste Beitrag von Glauben und Kirchenverfassung zur weltweiten Ökumene seit der letzten Weltkonferenz von 1963 im kanadischen Montréal waren die als „Lima-Dokument“ bekannt gewordenen *Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt* (vgl. HK, August 1982, 376–397). Die fast 200 offiziellen Stellungnahmen der Kirchen zu diesen Texten (darunter war auch eine ausführliche katholische Stellungnahme; vgl. HK, Januar 1988, 27–43) boten ein gutes Spiegelbild sowohl der Erfolge wie der unbewältigten Fragen und Probleme beim Bemühen um eine Überwindung der Trennungen. In ihrer Auswertung der Stellungnahmen (Die Diskussion über Taufe, Eucharistie und

Amt 1982–1990, Frankfurt/Paderborn 1990) verwies die Kommission auf drei Grundfragen, die weitere theologische Arbeit erforderten: Das Verständnis von Schrift und Tradition, das Verständnis von Sakrament und Sakramentalität sowie ökumenische Perspektiven der Ekklesiologie.

Die anglikanische Theologin *Mary Tanner*, Vorsitzende der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, nannte in ihrem Bericht in Santiago als erste Aufgabe der Weltkonferenz, die Ernte einzubringen. Dabei verwies sie neben den Lima-Erklärungen auf zwei weitere wichtige Studien der Kommission: Die Beschäftigung mit dem apostolischen Glauben, die zum Dokument „Gemeinsam den einen Glauben bekennen. Eine ökumenische Auslegung des apostolischen Glaubens, wie er im Glaubensbekenntnis von Nizäa-Konstantinopel (381) bekannt wird“ führte (vgl. HK, Februar 1992, 63–65) und die Arbeit am Thema Kirche und Welt mit dem zusammenfassenden Dokument „Kirche und Welt. Die Einheit der Kirche und die Erneuerung der menschlichen Gemeinschaft“ (vgl. HK, November 1991, 536). Im Motto der Weltkonferenz von Santiago („Auf dem Weg zur Koinonia im Glauben, Leben und Zeugnis“) waren die drei Hauptprojekte der Kommission stichwortartig vertreten („Glaube“ für die Studie über das Bekenntnis von Nizäa-Konstantinopel, „Leben“ für die Lima-Erklärungen und „Zeugnis“ für die Studie zu Kirche und Welt), zusammengebunden durch den Leitbegriff „Koinonia“, der in seinen verschiedenen Facetten bei der Weltkonferenz fast allgegenwärtig war.

Respektable Ergebnisse trotz mancher Anlaufschwierigkeiten

Als Ausgangs- und Bezugspunkt für die Arbeit in Santiago sollte das von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung erstellte Diskussionspapier zum Thema der Weltkonferenz dienen. Eine erste Fassung des Papiers lag im Sommer 1992 vor (vgl. HK, September 1992, 402–403); sie wurde von der Kommission Anfang 1993 überarbeitet, wobei die zahlreichen kritischen Einwände gegenüber der ersten Fassung berücksichtigt wurden. Das schließlich bei der Tagung der Ständigen Kommission im April dieses Jahres in Stuttgart verabschiedete Diskussionspapier befaßt sich zunächst mit dem Verständnis von Koinonia und seiner Bedeutung für Menschheit und Schöpfung; die anschließenden Kapitel handeln vom Bekenntnis des einen Glaubens zur Ehre Gottes, von der Teilhabe an einem gemeinsamen Leben in Christus und vom gemeinsamen Zeugnis für eine erneuerte Welt. Am Schluß stehen Überlegungen und Fragen zum weiteren Hineinwachsen der Kirchen in die Koinonia im Glauben, Leben und Zeugnis.

Die vier Sektionen der Weltkonferenz waren thematisch auf die Kapitel I bis IV des Diskussionspapiers hingeeordnet, erarbeiteten dazu aber jeweils eigenständige Berichte. Es gehört zu den für viele Teilnehmer wie Beobachter ökumenischer Konferenzen frustrierenden Erfahrungen, daß es oft nur sehr

schwer gelingt, in Gruppen und Sektionen über den bloßen Meinungsaustausch hinauszukommen und einigermaßen substantielle Ergebnisse zu erarbeiten. Auch in Santiago machten sich die unterschiedlichen Voraussetzungen und Erwartungshaltungen der Delegierten bemerkbar, unter denen es sowohl ausgesprochene ökumenische Profis wie mit den Regeln solcher Veranstaltungen nur wenig Vertraute gab. Dementsprechend lief die thematische Arbeit in den Gruppen teilweise recht mühsam an. Am Ende konnte man mit den Sektionsberichten unter den gegebenen Umständen dann aber doch einigermaßen zufrieden sein, auch wenn sie vielfach über die Aussagen im Diskussionspapier nicht hinaus kamen.

Zu den Teilnehmern der fünften Weltkonferenz gehörten neben den 205 Delegierten 35 Berater und – ein Novum für die Weltkonferenzen – eine Gruppe von 30 „jüngeren Theologen“. Mit der Einladung dieser Theologen wollte die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung versuchen, die jüngere Generation an ihre Arbeit heranzuführen. Nach einer während der Weltkonferenz veröffentlichten Statistik stellten bei den Teilnehmern (Delegierte, Berater und „jüngere Theologen“ zusammengenommen) die Orthodoxen das größte Kontingent (50), gefolgt von Reformierten (45), Lutheranern (38), Katholiken (32), Anglikanern und Methodisten (jeweils 27) und Unierten (25). Vertreten waren in Santiago auch die Baptisten, die „Disciples of Christ“, die Pfingstkirchen und weitere christliche Gemeinschaften. Europa und Nordamerika stellten zusammen etwa die Hälfte der Teilnehmer, die anderen Kontinente bzw. Subkontinente teilten sich die andere Hälfte.

Bei der letzten Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung 1963 in Montréal war die *katholische Kirche* nur durch einige Beobachter vertreten. Seit 1968 gehört die katholische Kirche der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung als Vollmitglied an; dementsprechend war sie jetzt auch in Santiago mit 25 Delegierten präsent, unter ihnen der Würzburger Bischof *Paul-Werner Scheele*, der Bischof von Oppeln, *Alfons Nossol*, und Bischof *John Onaiyekan* von Abuja (Nigeria). Bischof Onaiyekan vertritt die katholische Kirche auch in der Ständigen Kommission von Glauben und Kirchenverfassung; in Santiago lieferte er als Referent im Plenum einen der biblischen Beiträge zum Verständnis von Koinonia.

Sowohl in den Referaten im Plenum wie in den Redebeiträgen in den Sektionen der Weltkonferenz trafen recht unterschiedliche theologische und ökumenische Temperamente, Ansatzpunkte und Akzentsetzungen aufeinander: Neben einer orthodoxen Betrachtung über das Mysterium der Kirche stand das Zeugnis eines Pfingstlers, neben der Erinnerung an die verpflichtende und einende Bedeutung des altkirchlichen Bekenntnisses für die heutige Christenheit die Berufung auf konkrete Erfahrungen in jungen Kirchen der Dritten Welt. Nacheinander hörten die Konferenzteilnehmer etwa bei der Plenumsitzung über die Zukunft der ökumenischen Bewegung am 10. August einen in seiner Begrifflichkeit ziemlich

manierierten Vortrag der dänischen Theologin Anna Marie Aagaard, die sehr diplomatisch-höflich formulierten Ausführungen von Kardinal Edward Cassidy, dem Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Förderung der Einheit der Christen, und die massive Philippika des orthodoxen Erzbischofs Iakovos von Nord- und Südamerika gegen den Ökumenischen Rat der Kirchen.

Verschiedene Schwerpunkte beim Leitbegriff „Koinonia“

Insgesamt gruppierten sich die Voten in Santiago weitgehend um zwei theologisch-ökumenische Grundströmungen, die sich durchaus beide auf das Konferenzleitwort „Koinonia“ beziehen und wohl auch beziehen konnten, es aber nach verschiedenen Richtungen auslegten. Für die einen war Koinonia primär Gemeinschaft im Glauben, in den Sakramenten und im Amt. Sie plädierten dementsprechend dafür, die Bemühungen um die Verständigung zwischen den Kirchen in diesen Fragen weiterzutreiben, um so dem Ziel einer sichtbaren Einheit näherzukommen. Für die anderen war Koinonia in erster Linie Gemeinschaft mit den Christen verschiedener Traditionen vor Ort und besonders mit allen bedrängten, leidenden und unterdrückten Menschen. Sie warnten deshalb davor, bei der Beschäftigung mit den „klassischen“ ökumenischen Kontrovers- bzw. Konvergenzthemen die westlich-abendländische Optik unberechtigterweise zum entscheidenden Maßstab zu machen und zeigten sich skeptisch gegenüber der sichtbaren Einheit als ökumenischer Zielvorstellung.

Aus der Perspektive der aus einer Union verschiedener Denominationen hervorgegangenen „Kirche von Nordindien“ zog Bischof S. B. Joshua eine kritische Bilanz der Bemühungen um sichtbare Einheit und sprach sich für eine Gewichtsverlagerung von der sichtbaren Kircheneinheit zur Einheit der Personen aus: „Es ist die Koinonia der Graswurzeln, die die Massen erreicht und für ihren unmittelbaren soziopolitischen und religiösen Kontext relevant ist.“ Die schottische reformierte Theologin Elizabeth Templeton hielt dem Diskussionspapier vor, es habe das heiße Eisen nicht angepackt, „daß die meisten der traditionellen Themen von Glauben und Kirchenverfassung dank der relativ einflußreichen Anwesenheit von Teilnehmern auf die Tagesordnung gelangt sind, die in ihrer Mehrzahl männlich sind und dem Klerus angehören, die überwiegend europäisch denken und die in ihrer Mehrheit diejenigen sind, welche über die sich zersetzenden Strukturen des Christentums die größte Kontrolle haben, die aber auch am meisten darin investiert haben“.

Der Münchner evangelische Systematiker Wolfhart Pannenberg forderte in seinem Vortrag über Gemeinschaft im Glauben demgegenüber eine „neue Zuversicht, ein erneuertes, unbefangenes Vertrauen auf die Wahrheit Gottes“, von der der Glaube lebe. Einzig und allein aus der Kraft einer solchen Erneuerung des Glaubens könnten auch die Spaltungen der

Christenheit überwunden werden. Bei der Bemühung um den gemeinsamen Ausdruck des Glaubens heute gehe es nicht in erster Linie darum, das eigene Glaubensverständnis in der Sprache unserer Gegenwart auszusprechen, sondern darum, „den einen Glauben der Kirche dem Bewußtsein der Kirchen unserer Zeit neu einzuprägen, ihn neu zu entdecken für die Kirchen der Gegenwart“. Der orthodoxe Theologe John Zizioulas hob in seiner Einführung in das Thema der Weltkonferenz hervor, „Koinonia“ sei nicht in gesellschaftlicher Erfahrung oder in der Ethik, sondern im Glauben verankert: „Wir sind nicht zur Koinonia berufen, weil es ‚gut‘ für uns und die Kirche ist, sondern weil wir an einen Gott glauben, der in sich selber Koinonia ist.“

Bezogen auf die künftige Arbeit der Kommission von Glauben und Kirchenverfassung versuchte der armenische Erzbischof Aram Keshishian, Vorsitzender des ÖRK-Zentralausschusses, so etwas wie einen Spagat zwischen den beiden Grundströmungen, wie sie nicht erst, aber gerade auch in Santiago deutlich wurden. Keshishian: „Wenn Glauben und Kirchenverfassung auch hauptsächlich mit der ekklesialen Dimension der Einheit befaßt ist, so darf in seiner Arbeit doch die sozio-politische und wirtschaftliche Dimension der Einheit, die im Leben der heutigen Gesellschaft immer dringlicher wird, nicht ignoriert werden.“ Es brauche „inhaltliche Kontinuität und dynamische Interaktion“ zwischen den sogenannten „alten“ und „neuen“ Anliegen und Prioritäten von Glauben und Kirchenverfassung. Trotzdem bezog der armenische Erzbischof am Schluß seines Vortrags deutlich Position: Glaube und Kirchenverfassung sei dazu berufen, „einen festen Stand zu bewahren gegen alle Arten von ökumenischem Aktionismus und Pragmatismus“ und solle sich energisch allen „säkularen ökumenischen Tendenzen“ entgegenstellen, die die Frage der Einheit an den Rand drängen könnten.

Die Sektionsberichte, die in Santiago erarbeitet und schließlich im Plenum gebilligt wurden, spiegeln die unterschiedlichen Akzentsetzungen wider, ohne sich auf eine unter Ausschluß der übrigen festzulegen. Das gilt im übrigen auch schon für das Diskussionspapier. So heißt es etwa im Bericht der Sektion I, der die Verwurzelung kirchlicher Koinonia im Geheimnis des dreieinigen Gottes herausstellt, Diakonia an der ganzen Welt und Koinonia könnten nicht getrennt werden. Im Bericht der Sektion IV ist zu lesen, christliche Koinonia als Gabe und Berufung Gottes könne als eine Form des Widerstandes gegen jene Kräfte gesehen werden, „die die umfassendere Gemeinschaft der Menschen zersplittern und zerstören wollen“. Im Bericht der zweiten Sektion wird im Kapitel über Apostolizität u. a. festgestellt, der Begriff „apostolisch“ umfasse auch das Eintreten der Kirche für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung in allen Teilen der Welt.

Das Grundproblem der Sektionsberichte von Santiago ist das aller multilateral ausgerichteten, nicht auf bestimmte Kirchen bezogenen ökumenischen Verständigungsbemühungen: die Texte sind durchweg sehr *allgemein gehalten*, sprechen immer

nur von „den Kirchen“, die diese oder jene Auffassung vertreten oder Praxis ausüben, ohne die jeweils gemeinten oder mitgemeinten konkret beim Namen zu nennen. Sie geben so ein ziemlich unspezifisches Panorama ökumenischer Konvergenzen und Probleme und sind in strittigen Fragen darum bemüht, keiner der vertretenen Kirchen oder Konfessionen wehzutun, sondern möglichst allen Positionen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das zeigt sich besonders deutlich an den Aussagen über die *Frauenordination* und die *eucharistische Gastfreundschaft* im Bericht der Sektion III, um die in den Diskussionen intensiv gerungen und an denen bis zuletzt immer wieder gefeilt wurde.

Ein Indikator für den Stand der ökumenischen Bewegung

Die Berichte münden jeweils in *Empfehlungen* sehr unterschiedlicher Qualität, die sich teilweise an die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, teilweise aber auch direkt an die Kirchen richten. Manche davon sind eher Ausdruck der Verlegenheit bzw. des Zwangs, überhaupt Empfehlungen formulieren zu müssen, denn sinnvolle Anstöße. So wird etwa empfohlen, Glaube und Kirchenverfassung sollen „den Dialog zwischen verschiedenen christlichen Traditionen über jene Fragen ermöglichen, die eine vollständigere Weggenossenschaft erschweren“. Andere dagegen verdienen im Blick auf die weitere ökumenische Entwicklung Interesse: Im Bericht der Sektion II findet sich die Empfehlung an die Kommission, eine Studie über die Frage eines *universalen Amtes der christlichen Einheit* zu beginnen und dabei bisherige bilaterale und multilaterale Dialoge zum Ausgangspunkt zu nehmen. Die Sektion IV empfiehlt eine Studie über *Proselytismus und Religionsfreiheit*; in ihrem Bericht versucht sie eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Problem, das sowohl in Ländern der Dritten Welt wie des ehemaligen Ostblocks als bedrängend auf der Tagesordnung steht.

In vieler Hinsicht erwies sich die Weltkonferenz in Santiago de Compostela als *Indikator für den gegenwärtigen Stand der weltweiten ökumenischen Bewegung*. Die Botschaft, die zum Abschluß der Weltkonferenz verabschiedet wurde, zählt wichtige Veränderungen der ökumenischen Szene in den letzten dreißig Jahren auf: Die Stimmen der Frauen und der Menschen der Dritten Welt sind hörbarer geworden; die Bedeutung des gemeinsamen ethischen Engagements steht auf der ökumenischen Tagesordnung; evangelikale und charismatische Bewegung stehen noch weitgehend außerhalb der ökumenischen Bewegung; es gibt unterschiedliche Ansichten über Ziele und Methoden ökumenischer Arbeit und Theologie. Die Botschaft äußert die Zuversicht, „daß wir durch solche Spannungen zu einer tieferen und breiteren Koinonia im Geist geführt werden“. Aber ist sie berechtigt?

Im Blick auf die von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung vorbereitete und von der ÖRK-Vollversamm-

lung in Canberra 1991 verabschiedete Erklärung über die Einheit der Koinonia (vgl. HK, April 1991, 179–183) urteilt *Reinhard Frieling* (Der Weg des ökumenischen Gedankens, Göttingen 1992, S. 263): „Die Koinonia-Vision läßt noch zu viel offen und löst kein kirchentrennendes Problem.“ Die Weltkonferenz in Santiago hat diese Einschätzung insgesamt bestätigt, wobei man zwischen einem weiteren und einem engeren Verständnis von Koinonia unterscheiden muß: Im weiteren Sinn, als Versuch, die verschiedenen, teilweise auseinanderstrebenden Dimensionen der Ökumene neu oder wieder zusammenzubinden (Bemühung um die Einheit im Glauben und im Kirchenverständnis, Gemeinschaft mit allen Menschen und mit der Schöpfung), erweist sich Koinonia als ein zu vager, die Probleme eher verdeckender Leitbegriff. Im engeren Sinn verweist er auf eine sehr stark trinitarisch-eucharistisch geprägte, das Ineinander von Ortskirche und Universalkirche betonende Ekklesiologie, die sich vor allem Anstößen aus der orthodoxen Tradition verdankt, ökumenisch aber derzeit und in absehbarer Zukunft kaum konsensfähig sein dürfte.

Das wird sich auch zeigen, wenn sich die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, wie schon vor der Weltkonferenz und jetzt auch in Santiago selber verschiedentlich ange-regt, in der nächsten Zeit intensiver mit Fragen der *Ekklesiologie* in ökumenischer Perspektive befassen wird. Ein deutliches Votum in diese Richtung kam auf der Weltkonferenz von Kardinal *Cassidy*. Der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen resümierte in seinem Vortrag über die Zukunft der ökumenischen Bewegung: „Es scheint klar zu sein, daß unter den Themen, die zur unvollendeten Tagesordnung von Glauben und Kirchenverfassung gehören, die auf die Ekklesiologie bezogenen entscheidend sowohl für die Rezeption anderer Dialogergebnisse wie allgemein für den Fortschritt unserer Pilgerreise zur Einheit, die wir suchen, sein werden.“ Cassidy nannte gleichzeitig als Beitrag der katholischen Kirche für den weiteren ökumenischen Weg ihre „unwiderrufliche Verpflichtung auf die Suche nach sichtbarer Einheit, einer Einheit, die jede legitime Verschiedenheit einschließt und respektiert“. Auch die katholische Kirche erstrebe die sichtbare Einheit, die das Herzstück des Ökumenischen Rates der Kirchen und besondere Aufgabe von Glauben und Kirchenverfassung sei.

Teilschritte sind auch weiterhin möglich und sinnvoll

Der Generalsekretär des ÖRK, *Konrad Raiser*, plädierte dagegen in Santiago für einen neuen Ansatz, um der Lähmung des ökumenischen Prozesses entgegenzuwirken. Statt der getrennten bilateralen Dialoge und des multilateralen Gesprächs müßte eine Form gefunden werden, die es ermögliche, die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher christlicher Kulturen östlich-byzantinischer, westlich römischer, westlich protestantischer und vorwiegend südlich evangelikal-pfingstlicher Prägung anzuerkennen: „Der ökumenische Dialog der Zu-

kunft würde dann ein konstruktiver Dialog dieser verschiedenen ‚Kulturen‘ sein, ein Dialog, der auf wachsendes Verstehen der Integrität des Anderen, des uns Fremden ausgerichtet ist und nicht unter dem Druck steht, die Unterschiede möglichst in Konsens aufzulösen.“

Im Bericht der Sektion II werden der ÖRK und der Päpstliche Rat für die Förderung der christlichen Einheit gebeten, im Jubiläumsjahr 1998 (fünfzig Jahre nach der Gründung des ÖRK) eine „ökumenische Versammlung“ einzuberufen und gemeinsam vorzubereiten, die „ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer konziliaren Gemeinschaft der Kirchen wäre“. Raiser gab diesem Vorschlag seinerseits eine inhaltliche Füllung: Er regte an, das fünfzigste Jahr seit der Gründung des ÖRK als ein „ökumenisches Erlaßjahr“ zu begehen: „In einem großen Einheitsakt könnten die Kirchen durch ihre bevollmächtigten Vertreter bekräftigen, daß sie in einer wirklichen, in der einen Taufe und im gemeinsamen Christusbekenntnis begründeten ekklesialen Gemeinschaft miteinander verbunden sind.“

Aus diesem Vorschlag wird aller Wahrscheinlichkeit nach

nichts werden. Vielmehr wird die Spannung zwischen den verschiedenen ökumenischen Grundoptionen und Kirchenverständnissen, wie sie jetzt auch wieder in Santiago zutage getreten sind, den Weg der ökumenischen Bewegung auch in den kommenden Jahren bestimmen. Das bedeutet aber nicht, daß Ökumene zum Stillstand verdammt wäre. Es sind vielmehr zwischen den Kirchen weitere *Teilschritte* möglich, die bei der Weltkonferenz in Santiago de Compostela auch vielfach angeregt wurden: Gegenseitige Taufanerkennung, wo noch nicht erfolgt, erweiterte eucharistische Gastfreundschaft, Klärungen in bezug auf die Ämter, Verständigungen über die gemeinsame Glaubensgrundlage, gemeinsames Zeugnis, Zusammenarbeit in Mission und Evangelisation.

Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung ist um ihre künftige Aufgabe jedenfalls nicht zu beneiden. Es ist kein Projekt mit ähnlich großer Breitenwirkung wie die Lima-Erklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt. Die Kommission muß sich mit ihren Schwerpunkten innerhalb des ÖRK behaupten, und sie muß in einer eher unübersichtlichen ökumenischen Landschaft mit dem Reflex dieser Situation in den eigenen Reihen zurechtkommen.

Ulrich Ruh

Neuanfang mit Hindernissen

Die katholische Kirche in Kroatien

Kaum hatte die katholische Kirche in Kroatien nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft ihre Freiheit wiedergewonnen, begann der Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Die Kirche, der die große Mehrheit der Bevölkerung wenigstens formell angehört, kann und muß neue Aufgaben übernehmen (Caritas, Religionsunterricht), auf die sie nur unzureichend vorbereitet ist. Die Beziehungen zum Staat sind noch nicht grundsätzlich geregelt, gegenüber den politischen Parteien ist die Kirche auf Distanz. Seit Beginn des Krieges haben die Bischöfe immer wieder zum Frieden und zur Versöhnung gemahnt.

Beim „Ad-limina“-Besuch der Kroatischen Bischofskonferenz im November des vergangenen Jahres in Rom sagte Johannes Paul II. den anwesenden Bischöfen: „Die Kirche erlebt in eurer geliebten Heimat eine neue Phase, die wir durchaus als historisch bezeichnen können, und ihr tragt in euren Herzen schmerzhaft Erfahrungen, aber auch das volle Vertrauen eures Volkes ... Der tragische Krieg hat seine Spuren hinterlassen; aber am meisten beunruhigt die Tatsache, daß er noch nicht beendet ist“ (Osservatore Romano, deutsch, 27. 11.1992). Diese Beschreibung der Lage der katholischen Kirche in Kroatien hat an ihrer Gültigkeit bis heute nichts verloren; im Gegenteil! Im Land wird weiterhin geschossen. Dazu wird die Lage in Kroatien durch die schrecklichen Kriegsergebnisse im Nachbarstaat Bosnien-Herzegowina beeinflusst. Es ist ein schwebender Zustand, „weder Krieg noch Frieden“. Die Resignation der Bevölkerung, insbesondere der Vertrie-

benen und der Flüchtlinge, wächst. Die Hoffnung auf einen baldigen Frieden schrumpft von Tag zu Tag.

Schon über drei Jahre sind vergangen, seitdem durch die freien Wahlen im April und Mai 1990 die politische Wende in Kroatien, damals noch Teilrepublik Jugoslawiens, vollzogen wurde. Nach der leidvollen Nachkriegsepoche der Verfolgung und Unterdrückung durch den Kommunismus konnte die Kirche endlich aufatmen und anfangen, in Freiheit zu leben und zu wirken. Es wurden große Hoffnungen geweckt und viele Pläne geschmiedet, sie wurden aber durch die danach folgenden wirren politischen Entwicklungen und den Krieg, den Serbien gegen Kroatien im Sommer 1991 begann, zum großen Teil vereitelt und auf bessere Zeiten verschoben. „Wir hofften, daß wir einen langsamen, aber ungestörten Verlauf der geistigen und moralischen Erneuerung, der neuen Evangelisation unserer Gläubigen beginnen ...“ – so der Bischof von